

Gastkommentar im Handelsblatt

Deutschland braucht Haltungsänderung – Kein Wohlstand ohne Aufbruch

Nur eine starke Industrie sichert den Wohlstand, argumentieren BDI-Präsident Peter Leibinger und die Vorsitzenden von IG Metall und IG BCE, Christiane Benner und Michael Vassiliadis. Peter Leibinger, Christiane Benner, Michael Vassiliadis **29.06.2026**



Die Autoren: BDI-Präsident Peter Leibinger (l.), IG BCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis (m.) und IG Metall-Vorsitzende Christiane Benner sehen die Verantwortung aller, aus den ideologischen Gräben herauszukommen. Foto: PR, dpa, Bloomberg, REUTERS

Unser Land steht vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Das Leben in Freiheit, Einheit, Sicherheit und Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Die gewohnte Ordnung trägt so nicht mehr – weder in Deutschland noch in der Welt. Wir werden Sicherheit und Wohlstand **unter neuen Bedingungen neu erkämpfen und erarbeiten müssen.**

Alle Teile des Landes – Parteien, Regierung, Staat, Gesellschaft – stehen in der Verantwortung, ein Jahrzehnt des Aufbruchs daraus zu machen. Dazu braucht es ein positives, breit getragenes Zukunftsbild. Dies zu zeichnen, ist die Aufgabe der Bundesregierung.

Es ist nun die Verantwortung aller, **aus den ideologischen Gräben herauszukommen.** Deutschland braucht eine starke Wirtschaft, aber ebenso demokratische Mehrheiten, Vertrauen und Zukunftsoptimismus. Die Aufgabe lautet daher nicht, Probleme im Lagerkampf zu verwalten, sondern technische und gesellschaftliche Innovationen so zu verbinden, dass ein tragfähiges Zukunftsbild in der Praxis entsteht. **Alle werden dabei neu denken und über die Schatten ihrer Gewissheiten springen müssen.**

Die Herausforderungen für unser Land sind enorm: Unsere Gesellschaft altert und ist darum mehr denn je auf eine erfolgreiche Volkswirtschaft angewiesen, denn nur damit lässt sich unser Sozialstaat finanzieren.

Deutschland profitierte lange von guten Rahmenbedingungen und baute Leistungen aus. Es ging vielen Menschen und Unternehmen sehr gut. Doch **Deutschland hat Reformen und Investitionen vernachlässigt; so stiegen** Bürokratie- und Energiekosten ebenso wie **Lohnstück- und Lohnnebenkosten**. Das Ergebnis ist der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, aber ebenso eine marode Infrastruktur. Hinzu kommen neue Herausforderungen durch geopolitische Risiken, die Anwendung von Künstlicher Intelligenz und den demografischen Wandel. Jetzt ist geschlossenes Handeln gefragt. Die Industrie wird dabei eine Schlüsselrolle spielen. Ihre Wertschöpfung im Inland ist die Basis unseres Wohlfahrtsstaats. Eine starke Industrie bleibt die materielle Grundlage von sozialer Sicherheit, Aufstiegschancen und demokratischer Stabilität.

Die größte Rentenreform seit 20 Jahren – noch nie war die Chance so groß

Warum ist das so? Deutschland importiert Energie und Rohstoffe in erheblichem Umfang. Das lässt sich dauerhaft nur durch Exportüberschüsse finanzieren, die vor allem aus Industriegütern bestehen. Das deutsche Sozialversicherungsmodell beruht auf Beiträgen und erfordert darum hohe Beschäftigung und gut bezahlte Arbeitsplätze. Und drittens: An einem industriellen Arbeitsplatz hängen drei bis fünf weitere Stellen im Dienstleistungssektor. Wer die industrielle Basis schwächt, schwächt deshalb nicht nur einzelne Unternehmen, sondern ganze regionale Wertschöpfungsketten, kommunale Einnahmen, Qualifikationswege und soziale Sicherheit.

Unsere Industrie muss zu Hause produzieren, damit Innovationskraft entsteht. Entwicklung und Fertigung an einem Standort verstärken sich gegenseitig. Das ist Teil des deutschen Erfolgsgeheimnisses. Genauso wichtig ist unser industrielles Ökosystem: die Kombination aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen in Verbindung mit Bildung und Forschung von der Berufsschule bis zu den Max-Planck-Instituten. Dieses komplexe Zusammenspiel von Fähigkeiten und Fertigkeiten hat Deutschland innovativ und industriell in die Weltspitze gebracht und ist nicht selbstverständlich. Es verschwindet, wenn industrielle Wertschöpfung schrumpft – und mit ihr der industrielle Mittelstand. Genau dies findet derzeit statt. In den letzten acht Jahren haben wir 15 Prozent unserer industriellen Produktion im Inland verloren.

Notwendig ist jetzt eine Haltungsänderung im Land. Wir müssen mehr wollen und leisten, indem wir die interne Organisationslogik von Parteien, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und NGOs überwinden. Wir müssen heraus aus diesen Rollenspielen – um unseres Landes willen und um derjenigen willen, die weiterhin auf ein starkes Deutschland angewiesen sind.

Industrieverbände und Industriegewerkschaften sind gemeinsam bereit für eine Agenda für ein zukunftsfähiges Deutschland – die Kosten senkt, auch die vom Staat verursachten, und Arbeitsvolumen und Produktivität erhöht. So kann eine Zug-um-Zug-Logik entstehen, aus der die Verpflichtung der Industrie, am Standort zu investieren, folgt. Wir brauchen ein gemeinsames Verständnis dieser Aufgaben und der Mittel zu ihrer Lösung; wir müssen die Menschen überzeugen, was nötig ist und warum wir es tun. Wir werben dafür um Verbündete, Partner und Mitsstreiter. Wir laden alle ein, gemeinsam in ein Jahrzehnt des Aufbruchs zu starten.

*Die Autoren: Christiane Benner ist Vorsitzende der IG Metall,
Peter Leibinger ist BDI-Präsident,
Michael Vassiliadis ist Vorsitzender der IG BCE.*